

**ZEICHENERKLÄRUNG**

PLANZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN	RECHTSGRUNDLAGE
<b>FESTSETZUNGEN</b>		
<b>ART DER BAULICHEN NUTZUNG</b>		
WR	REINE WOHNGEBIETE	§ 9 ABS. 1 NR.1a BBAUG
WA	ALLGEMEINE WOHNGEBIETE	§ 3 BauNVO § 4 BauNVO
<b>MASS DER BAULICHEN NUTZUNG</b>		
Z.B. II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE	§ 9 ABS. 1 NR.1a BBAUG
Z.B. 03	GRUNDFLÄCHENZAHL	§§ 16 UND 17 BauNVO
Z.B. (03)	GESCHOSSFLÄCHENZAHL	
<b>BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN</b>		
o	OFFENE BAUWEISE	§ 9 ABS. 1 NR.1b BBAUG
g	GESCHLOSSENE BAUWEISE	§§ 22 UND 23 BauNVO
—	BAULINIE	
S	BAUGRENZE	
—	SATTELDACH	
—	FIRSTRICHTUNG	
Z.B. 45°	DACHNEIGUNG	
<b>BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF</b>		
▣	SCHULE	§ 9 ABS. 1 NR.1f BBAUG
<b>VERKEHRSFLÄCHEN</b>		
—	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN	§ 9 ABS. 1 NR.3 BBAUG
P	ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN	
—	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE, BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN	
<b>SONSTIGES</b>		
o-gal	FLÄCHEN FÜR GARAGEN	§ 9 ABS. 1 NR.1e BBAUG
—	OBERRÖHRISCHE GARAGEN IN EINER EBENE	
—	MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHE	§ 9 ABS. 1 NR.11 BBAUG
—	VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE GRUNDSTÜCKE	§ 9 ABS. 1 NR.2 BBAUG
—	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG	§ 16 ABS. 4 BauNVO
—	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES	§ 9 ABS. 5 BBAUG
<b>DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER</b>		
—	FLURGRENZE	
—	FLURSTÜCKSGRENZE	
—	EIGENTUMSGRENZE	
—	IN AUSSICHT GENOMMENE GRENZE	
—	WEGFALLENE GRENZE	
Z.B. X:100	HÖHE ÜBER NN	
—	VORHANDENE GEBÄUDE	
WEITERE SIGNATUREN SIEHE KATASTERVORSCHRIFTEN!		

**1. HÖHENLAGE DER GEBÄUDE**

OBERRANTE ERDGESCHOSSFUSSBODEN FÜR  
EINGESCHOSSIGE WOHNGEBÄUDE HÖCHSTENS 0,55 m,  
MEHRGESCHOSSIGE WOHNGEBÄUDE " 1,20 m,  
EINGESCHOSSIGE NICHTWOHNGBÄUDE " 0,20 m

**2. EINFRIEDIGUNGEN**

AN DEN VERKEHRSFLÄCHEN BIS 0,80 m,  
(BEI EINBAU VON MÜLLSTÄNDEN BZW. -SCHRÄNKEN  
IN DIE PFELER VON EINFRIEDIGUNGEN IM BEREICH DER  
ZUFAHRTSTORE KÖNNEN FÜR DIESE ENTSPRECHEND HOHE  
PFELER ZUGELASSEN WERDEN - § 31.1 BBAUG.)  
FÜR BAUGRUNDSTÜCKE UNTEREINANDER BIS 1,20 m,  
AN DEN FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF (SCHULE) - 1,20 m  
HÖHE ZULÄSSIG.

02.08.00

**SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK  
BEBAUUNGSPLAN  
WEINBERGSTR. / GUSTAV-FALKE-STR. 71**

Auf Grund des § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. II, S. 341) und des § 1 des Gesetzes über bürgerlich-rechtliche Festsetzungen vom 10. April 1969 (GVBl. Lsh.-Nr. 5-59) in Verbindung mit § 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Dezember 1960 (GVBl. Lsh.-Nr. 5-198) wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 28. 1. 1971 und vom 30. 3. 1971 (Änderungsbeschluss gem. Erlaß des Innenministers vom 31. 3. 1971) die Satzung, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Text) über den Bebauungsplan 71 erlassen.

Die Genehmigung dieser Satzung über den Bebauungsplan 71, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, wurde nach § 11 BBauG mit Erlaß des Innenministers vom 31. März 1971  
As.: IV 810 - 813/04 - 3 (71) erteilt.  
Die Erfüllung der Anlagen und Hinweise wurden mit Erlaß des Innenministers vom 21. Okt. 1971  
As.: IV 810 - 813/04 - 3 (71) bestätigt.

Entworfen und aufgestellt nach §§ 8 und 9 BBauG auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Bürgerschaft vom 28. 1. 1971  
Lübeck, den 3. 3. 1971  
Der Senat der Hansestadt Lübeck  
Bauverwaltung

Der katastermäßige Bestand am 9. 12. 68 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bezeichnet.  
Lübeck, den 9. 2. 71  
Katasteramt

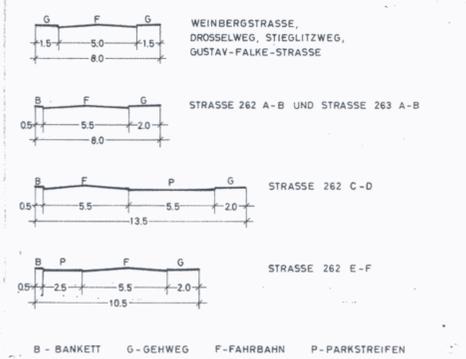
Der Entwurf des Bebauungsplanes 71, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, sowie die Begründung haben in der Zeit vom 27. 10. 1969 bis zum 15. 10. 1969 nach vorheriger Bekanntmachung mit der Hinweis, daß Anregungen und Bedenken in der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, öffentlich ausgelegt.  
Lübeck, den 3. 3. 1971  
Der Senat der Hansestadt Lübeck  
Planungsamt

Der Entwurf des Bebauungsplanes 71, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, ist am 4. 11. 1971 mit der Bekanntmachung der Genehmigung in Kraft getreten und liegt mit der Begründung öffentlich aus.

Lübeck, den 8. 11. 1971  
Der Senat der Hansestadt Lübeck  
Planungsamt

Lübeck, den 3. 3. 1971  
Der Senat der Hansestadt Lübeck  
Planungsamt

**STRASSENPROFILE**



M. 1:1000

**UNGÜLTIG!**  
SIEHE ÄNDERUNG 02.08.01

**UNGÜLTIG!**  
SIEHE ÄNDERUNG 02.08.02

ANSCHLUSS BEBAUUNGSPLAN 84

GEMARKUNG ST. JÜRGEN, FLUR 13

ANSCHLUSS BEBAUUNGSPLAN 73

FLUR 14